Verbot und Verzicht

Immer wieder trifft man in Diskussionen über politische und wirtschaftliche Themen auf Tabus, die anscheinend nicht ausgesprochen werden dürfen.

Oftmals begleitet von sogenannten „Killerphrasen“, wie beispielsweise „...das kostet zuviel Geld“ oder „ dann gehen zuviele Firmen pleite“ - oder „freie Fahrt für freie Bürger“, die jedes weitere Gespräch beenden.

Aber warum ist das so? Warum eigentlich haben Menschen, die unter normalen Umständen ziemlich rational denken und handeln, so große Probleme - zum Beispiel mit einem Tempolimit? Warum regen sich viele so sehr auf, wenn irgendeiner irgendwo die Einführung eines Veggie-Day“ vorgeschlägt?

Und was ist eigentlich so schlimm daran, wenn der Staat (der wir ja letztendlich alle sind) Gesetze verabschiedet, um einigen Wenigen die Möglichkeit, Gewinne zu erwirtschaften, einschränkt ? Also zum Beispiel Mieten und Benzinpreise begrenzt zum Schutz der Schwachen, der Umwelt oder der Tiere?

Vor kurzem las ich im Internet einen Artikel über das Buch „Verbot und Verzicht“ von Philipp Lepenies, Professor für Politikwissenschaft in Berlin.

Darin fand ich einigen Antworten auf all diese Fragen.

Das Buch hat durchaus einen wissenschaftlichen Anspruch, Teile daraus sind aber so geschrieben, dass man das Werk auch recht flott lesen kann.

Politik aus dem Geiste des Unterlassens.

Ein Reflex lähmt die politischen Debatten um den Klimawandel. Sobald es um Maßnahmen geht, die Einschränkungen bedeuten, ist die Empörung groß: Tempolimit? Der sichere Weg in die Ökodiktatur! Veggie-Day? Das war’s mit dem Nackensteak! Dabei waren Verbot und Verzicht lange bewährte Instrumente, um Ressourcen zu schonen oder ökologische Krisen zu bewältigen. Man denke nur an das FCKW-Verbot.

Philipp Lepenies untersucht die Ursprünge dieser eingeübten Fundamentalopposition. Er führt sie auf die neoliberale Haltung zurück, die im Staat einen Gegner sieht und individuelle Konsumentscheidungen über moralische und ökologische Bedenken stellt. Dieser Geist falsch verstandener Freiheit hat allerdings eine Politik des Unterlassens hervorgebracht, die sich scheut, das Offensichtliche auszusprechen: dass eine sozialökologische Transformation ohne Verbot und Verzicht nicht gelingen wird.